grünes blatt » Frühjahr 2011

überwiegen die Unterschiede?" Hier muss man sich fragen, wie der Autor eigentlich auf das "oder" kommt. Ich weiß doch erst, ob Unterschiede überwiegen, wenn ich den Vergleich gemacht habe. Seine falsche Alternativstellung kommt nur zu Stande, weil er es dann doch für richtig hält, dass viele Gemeinsamkeiten ein Gleichsetzen dem Wesen nach rechtfertigen.

Die Extremismustheoretiker tun so, als ob sie vergleichen wollen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszufinden. Es zeigt sich aber, dass sie durch die gefundenen Gemeinsamkeiten unmittelbar die Wesensgleichheit darstellen wollen.

Nicht dass sie vergleichen ist ihnen vorzuwerfen, sondern was sie meinen, damit eigentlich gewonnen zu haben.

Die Logik des falschen Vergleichs Teil 2 - Hans und Inge sind beide nicht Dieter

Was hat eine Sonnenblume, eine

Buche und ein Grashalm gemein-

sam? Man könnte antworten: Es

sind alles Pflanzen. Die Logik der Extremismustheorie würde antworten: Sie sind kein Kaktus. Die Logik ist nicht dadurch falsch, dass sie überhaupt verschiedenes gleichsetzt. Das Urteil, "die NPD und die DKP sind wie die CDU und SPD politische Organisationen", stimmt ja. Sie ist falsch dadurch, wie sie politische Organisationen gleichsetzt: Es gibt nicht einfach politische Gruppen und Programme, die Gemeinsamkeiten haben unterscheiden. sondern. Links-, Rechts- und ausländische Extremisten zeichnen sich dadurch aus, dass sie die FDGO nicht als absoluten Maßstab ihrer politischen Ziele anerkennen. Man weiß dadurch nichts über die verhandelten politischen Gruppen, man weiß dann nur, was sie an einer Ecke nicht sind. Genauso erhellend wäre die Be-"Nicht-Anarchisten" zeichnung für die Organisationen NPD, FDP und katholische Kirche.

Dabei wird dies nicht erst bei der Gleichsetzung von linken und rechten Gruppierungen falsch. Schon die Zusammenfassung von Anarchisten, Stalinisten, konsequenten Sozialdemokraten unter die Rubrik "Linksextremismus" ist durch ihren Bezug auf das, was sie nicht sind, aberwitzig. Dieser Formalismus des "ist nicht FDGO-kompatibel" ist die bestimmende Logik der Extremismusdebatte. Die Logik führt geradewegs dahin, sich nicht mit den Inhalten der verhandelten politischen Organisationen auseinanderzusetzen und ggf. diese zu kritisieren.

Die Grundlage der Bewertung: Das Interesse an einer effektiven und begrenzten Gewalt

Man weiß durch die Argumentationsführung der Extremismustheoretiker nichts über verhandelten politischen Grup-pen, man weiß dann nur, dass sie an einer Ecke etwas nicht sind. Darüber kommt eigentlich keine Kritik oder ggf. eine Zustimmung zu politischen Programmen zustande. Klar ist aber, dass mit der Einordnung in den Extremismus eine Kritik beabsichtigt ist und viele Menschen die Theorie fast unmittelbar plausible finden.

Wie geht das?

Einmal geht das über eine in allen Systemen geläufige Überhöhung der faktisch überlegenden Gewalt. Kein Herrscher der modernen Welt begründet seine Gewaltkompetenz einfach durch den Hinweis auf die hinter ihm versammelten Waffen. Immer ziehen sie höhere Werte heran, derentwillen sie legitim, also gerechterweise herrschen. Spiegelbildlich finden sich scheinbar in jedem System Untertanen, die nicht einfach nur sagen: Tia. der Staat ist mir über, dann mach ich mal, was der sagt. Sondern sie wollen eine legitime Herrschaft und nehmen die herrschende Ordnung als legitime überwiegend an. Wenn dieses Bedürfnis seitens der Politik und der Untertanen im Faschismus, im Realsozialismus und selbst irgendwelchen Diktaturen, die nur für den Abtransport von Rohstoffen sorgen, bestand und besteht, dann liegt Verdacht nahe, dass der Wunsch nach einer legitimen Herrschaftsordnung in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ganz anders gestrickt ist. Nicht eine Prüfung der herrschenden FDGO sorgt für deren allgemeine besondere Wertschätzung. Offenkundig scheint sich noch in jedem der angesprochenen Systeme gewaltsame Überlegenheit in moralische Legitimität zu verwandeln. Das ist dumm und irrational in jeder Gesellschaft.

Klar, die FDGO hat sich kein Bürger ausgesucht. Das Märchen von der grünen Wiese auf der sich alle versammelt haben, um dieses Vertragswerk gemeinsam zu beschließen, ist halt ein Märchen. Erstmal ist jeder Bürger damit konfrontiert, dass er sich an die Gesetze halten muss, dass er private Gewalt zur Durchsetzung seiner Interessen unterlassen sollte bzw. sich bei der Ausübung nicht erwischen lassen sollte. So merkt der Bürger sehr schnell bzw. bekommt es in Familie und Schule mitgeteilt, dass er selbst verantwortlich dafür ist, was mit ihm so wird und das wieder schwer davon abhängt, was er sein Privateigentum nennt und wie gut er sich damit gegen andere in der Konkurrenz behaupten kann. Von diesem Standpunkt aus ist er notwendiger-weise wieder auf den Staat verwiesen. Wer sorgt dafür, dass die Verträge eingehalten werden? Wer organisiert mir eine Ausbildung, die erstmal die Voraussetzung dafür ist mitzukonkur-rieren? Der Staat. So blickt der Bürger auf die ihn beherrschende Ördnung und entdeckt darin eine Hilfe für ihn. Eine wichtige Grundlage für die oben besprochene moralische Überhöhung. Im diesen Sinne findet die Extremismustheorie zweitens Anklang, weil die Menschen den Formalismus der demokratischen Rechtsordnung gut finden und zwar unabhängig davon, welche konkrete politische Partei mit welchem konkreten Programm an der Macht ist. Sie fürchten sich vor politischen Gruppierungen, die nicht erkennbar dieselbe umstandslos als Maßstab ihrer Politik anerkennen. In dieser Haltung sind zwei Sachen enthalten: Erstens der Wunsch nach einer politischen Führung, die "durchregieren kann"; zweitens der Wunsch nach einer politischen Gewalt, die irgendwie begrenzt sein soll bzw. dem Horror vor einer Gewalt, die maßlos sei. Beide Wünsche entspringen dem Interesse des privaten Konkur-renzsubjektes in dieser Gesellschaft, egal ob es als Lohnarbeiter, Hausbesitzer, Manager oder Aktienbesitzer herumläuft. Das soll im folgenden begründet werden, was ein wenig ausgeführt werden muss.

In NRW hat gerade die CDU/ FDP-Regierung die Mehrheit verloren. Damit haben die CDU und die FDP auch die Mehrheit im Bundesrat verloren. Weil viele